

Nur im religiösen Bezug findet ein modernes Staatswesen Motiv und Maß.
Max Webers Pointe gilt nicht nur für die USA, sondern
auch für Deutschland.

Der fordernde Gott

Von Gerd Held

Vom Deutschland dieser Tage wird man vielleicht einmal sagen, dass es sich nur den einfachen moralischen Aufgaben gestellt hat. Kein böses Land, gewiss. Die Fluthilfe schaffen wir, weil sie das einfache Gute ist. Aber auf den Krieg gegen den Terror sind wir nicht vorbereitet, weil er böse und ungewisse Handlungen auf unserer Seite einschließt. Auch für die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Staatswesens häufen sich die komplizierten moralischen Lagen, bei denen man das Gute nicht ohne das Böse tun kann. Wenn der Bundesfinanzminister erklärt, der Staatshaushalt sei „ausgequetscht“, und man könne trotz wachsender Schulden den Menschen keine weiteren Einsparungen zumuten, dann zeigt das die geringen Motiv-Ressourcen, die der rotgrünen Mehrheit im Lande zur Verfügung stehen. Ebenso belegt die ständige Steigerung von Anreizmitteln im Bildungssystem – vor Pisa wie nach Pisa – vor allem, dass es offenbar bei der Grundmotivation zum Lernen hapert. Weitere Beispiele ließen sich finden. Ein unbezwingbarer Berg aus angeblichen Unzumutbarkeiten steht im Land. Nicht ein Wissens- sondern ein Motivationsproblem ist das Thema der Epoche.

Es ist zugleich ihr bestgehütetes Geheimnis. Denn im Moment regiert ein merkwürdiger Optimismus. Eine geradezu wilhelminische Renommiersucht weht durchs Land. Dass dieser Optimismus auf einer Resignation in allen harten Strukturfragen beruht, wird geflissentlich übersehen. Das kommt einer gewissen Grundneigung in der Bevölkerung entgegen. Die zeitgenössischen Deutschen möchten nicht Staatsvolk sondern lieber „Gesellschaft“

sein. Ein lockeres, selbstorganisiertes Gebilde, ein bisschen Konflikt, ein bisschen solidarisch; global und heimatlich; flexibel gemanagt statt institutionell festgelegt. Aus diesem „Gesellschaftlichen“ müssen dann alle Motive geschöpft werden. Alle Normen und Maßstäbe müssen aus Vergleichen und Kommunikationen der Menschen und Gruppen erwachsen. Das ist der Grundmechanismus, den die „soziale Gerechtigkeit“ mit der „individuellen Freiheit“ teilt. Freilich kann aus diesem Mechanismus auch nur erwachsen, was schon in der Gesellschaft drin ist. Die Frage, wem eine Gesellschaft gerecht werden muss, kann diese Form der Motivgewinnung immer nur im Zirkelschluss beantworten: mit Verweis auf sich selbst. Diese Soziologisierung der Moral scheitert immer dort, wo sich tiefere Strukturprobleme stellen und ein Sprung auf Neuland gewagt werden muss. Dafür hat sie – selbst bei bester Einsicht und gutem Willen – kein Motiv zur Verfügung. Der demonstrative Optimismus kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung und die Majorität, die sie trägt, in einer tiefen Gefangenschaft stecken. Das Gesellschaftliche ist politisch-moralisch überfordert. Von hier aus kann man keinen Haushalt sanieren, keine Schule machen und keine institutionelle Eindeutigkeit zwischen Bund und Ländern herstellen. Dieser Weg ist zu Ende, auch wenn wir noch lange auf ihm herumstehen.

Die Geschichte der Bundesrepublik kennt aber auch größere Motivzusammenhänge. Ihre Anfänge mussten jenseits einer Gesellschaft liegen, die in allen

ihren Gliederungen in die NS-Verbrechen verstrickt war. Es musste eine Kraft gefunden werden, die nicht nur den einen oder anderen Wert in Deutschland veränderte, sondern die den ganzen Mechanismus der Selbstermächtigung, auf dem die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts beruhten, aushebeln konnte. Diese Kraft ist die Christlich-Demokratische Union geworden, und sie ist es nicht trotz sondern wegen ihres religiösen Bezugs geworden. Von hier aus konnten die Deutschen überhaupt ein Kriterium finden, das aus dem Zirkel der Schuld herausführte. So bekam in einer moralisch schwierigen Situation der Bezug zu Gott einen bestimmten Sinn. Er lehrte nicht Sendungsbewusstsein, auch nicht einfach Gottvertrauen sondern vor allem das Handeln in Demut. Das war ein Gewinn, der sich in dem Ernst und der sachlichen Einfachheit einer frühen Bundesrepublik manifestierte, die noch so wohltuend frei von der zivilgesellschaftlichen Selbstgewissheit war. Sicher, auch die Sozialdemokratie wäre mit gutem Recht eine Option für den Anfang gewesen, aber sie verfügte über keine größeren Motive als die sozialen. Wenn sie Regierungspartei wurde, dann signalisierte das eine schon hergestellte Sicherheit der Grundpositionierung, aus der heraus dann im Einzelnen gestaltet werden konnte. Natürlich hat die SPD bedeutende Staatsmänner gestellt, aber die Turmhöhe, mit der sie aus ihrer Partei herausragten, bestätigt eben den Charakter der SPD als Sekundärpartei. Wo es galt, existenzielle Fragen einer Republik zu beantworten, richteten sich die Blicke auf eine Partei, die ihre Werte anders gewann, und die damit der Gesellschaft einen Angelpunkt außerhalb ihrer selbst verschaffte. So wurde die CDU die Primärpartei der Republik.

Sie wurde es, weil sie religiöse Motive bewahrte und zugleich säkular übersetzte. Diese Präzision ist wichtig. Es kam nicht auf eine bestimmte Frömmigkeit und ein Befolgen einzelner Gebote an. Die CDU war keine Konfessionspartei. Sie war nicht identisch mit der alten Zentrums-Partei, die noch zu sehr ein bestimmtes Bekenntnis

und eine staatsfern-soziale Identität repräsentiert hatte. Die CDU, die in den Anfangsjahren mancherorts gegen das Zentrum kandidieren musste, verkörperte einen abstrakteren Bezug zu Gott. Der Wirtschaftsgeist Ludwig Erhards kam dem angloamerikanischen Calvinismus näher, als es je der Lutheranismus getan hatte. Und das rheinische System Adenauers war französisch-republikanischer, als einst der Reichskatholizismus. Damit fand die CDU gerade in ihrem religiösen Bezug Anschluss an die westliche Moderne. Durch ihn war sie die modernste Partei in Deutschland.

Die Moderne beruht nicht auf einer Abschwächung sondern auf einer Steigerung des Religiösen. Es ist genau 100 Jahre her, dass Max Weber seine Schrift über die protestantische Ethik – der Einfluss seiner USA-Reise 1904 erinnert an Tocqueville – publizierte. Er zeigte, dass die Säkularität der Moderne nicht mit dem „Tod Gottes“ verwechselt werden darf. Zwar bedeutete die „Entzauberung der Welt“ das Ende des magischen Glaubens an eine Beeinflussbarkeit Gottes durch kultische Verrichtungen und auch eine Schwächung des Glaubens an eine verlässliche Präsenz Gottes auf Erden. Aber damit war eine neue, viel größere religiöse Spannung aufgebaut. Der Calvinismus – für Weber das Paradebeispiel – gab den Menschen einen Glauben ohne Heilsgewissheit, der sie allein auf ihr Tun im Diesseits verwies, und der sie doch Gottes höherem Gericht unterwarf. So ist der ferne Gott der Moderne zugleich ein fordernder Gott. Da die Menschen keinen bestimmten Anhaltspunkt für das Geforderte haben, ist ihr einziger Anhaltspunkt außer ihnen selbst das Diesseits der Welt. Nur deren aktive Fortentwicklung können die Menschen zum fiktiven Maßstab einer gerechten Lebensführung machen. So wird die Welt aus religiösen Gründen zur säkularen Herausforderung, die auch tiefe Einschnitte im eigenen Leben motivieren kann – das ist die Pointe der „innerweltlichen Askese“. Die neue Größe Gottes verweist

die Menschen also nicht, wie im Lutheranismus, in eine tiefere Innerlichkeit sondern hinaus in die Welt. Gerade darin besteht Webers Anti-Soziologie. Er sieht die Moderne als ständige Überschreitung des sozialen Binnenverhältnisses.

Dabei geht es nicht um nur um den Protestantismus. Auch der französisch-katholische Weg in die Moderne lässt sich mit dem transzendentalen Motiv verstehen. Hier wurde die ganze Fülle, die der Katholizismus aus der christlichen Botschaft von der Menschwerdung Gottes ins Diesseits bringt, als eine Art große Erbschaft in einen zivilisatorischen Auftrag verwandelt - eine Bewegung, die über das Barock zum laizistischen Zivilisationsstaat führte.

Es ist daher alles andere als verdächtig, wenn die republikanische Primärpartei der USA, für ihr Land die religiöse Motivation wiederentdeckt hat, ohne dabei zur Konfessionspartei zu werden. Die Europäer könnten sich an die Befreiungs-Rolle der katholischen Solidarnosc erinnern. Die Deutschen könnten sich an die Anfänge ihrer Bundesrepublik erinnern. Aber hierzulande scheint die Soziologie über die Theologie gesiegt zu haben. Religiöse Fragen gelten im Land Luthers nur als Provinz-, Haus- und Familienfragen, die man nie mit den Aufgaben von Professionalität, Unternehmensführung, Marktordnung oder gar mit unserer Staatsidee in Verbindung bringen würde. Als größerer Bezug gilt demgegenüber ausgerechnet das Gesellschaftliche. So kann die Möglichkeit, dass die Antworten auf die großen Motivationsprobleme der Zeit außerhalb des Sozialen liegen, gar nicht in Betracht gezogen werden. Ein Beispiel ist die Erörterung der „Rechtfertigungslehre“ zwischen dem lutherischen Weltbund und der katholischen Kirche. Obwohl das Thema der Rechtfertigung des Menschen vor Gott mitten ins Motivationsproblem unseres Landes führt, wurde sie nur als seelsorgerische Spezialdiskussion geführt. Max Webers Pointe wurde offenbar gar nicht in Betracht gezogen. Wollen die Kirchen auch nur ein Subsystem des Gesellschaftlichen sein? Der bemühte Multikulti-Betrieb der Kirchenta-

ge spricht dafür. Dass es die christlichen Kirchen waren, die der Regierung Kohl bei ihrem ersten, vorsichtigen Sanierungsversuch des Sozialstaats einen Sozialkampf inszenierten, passt ins Bild.

So liegt das tiefere Problem der Christdemokratie in Deutschland darin, dass die motivationalen Ressourcen, auf die sie einmal ihre Rolle als Primärpartei der Bundesrepublik aufbauen konnte, verschüttet sind. Keine Polemik gegen die Sozialdemokratie und kein Versuch, sie nur mit Sozialmodellen zu übertreffen, wird dies eigene Ressourcenproblem lösen. Die Christdemokratie muss sich als die Alternative verstehen, die über größere moralische Hebel verfügt als die Sozialdemokratie, und daher dem Land mehr zumuten kann. Der große kulturelle Wettstreit zwischen einer Primärpartei mit religiös-institutioneller Ordnungskraft und einer Sekundärpartei des Gesellschaftsmanagements muss überhaupt wieder eröffnet werden. Die erneuernde Kraft der CDU besteht dabei nicht in bestimmten Einzelwerten. Sie besteht darin, einen anderen Grundmechanismus der Wertebildung zur Verfügung zu stellen, der die Gesellschaft in kritischen Situationen lehrt, nach höheren Maßstäben zu suchen. Der CDU gelang etwas für die Moderne Grundlegendes, aber für Deutschland Unerhörtes: die Übersetzung religiöser Motive in eine Wirtschafts- und Staatsidee. In dieser geistigen Erneuerung – und nicht einfach in der Autorität starker Kanzlerpersönlichkeiten – lag ihre Fähigkeit, auch massiven „sozialen Bewegungen“ zu trotzen und schwere Fehlentscheidungen abzuwenden. In diesen Tagen scheint die CDU zu zögern, eine solche Alternative wieder ins Auge zu fassen. Die Primärpartei der alten Bundesrepublik scheint zwischen Staatsräson und Sozialopposition zu schwanken. Mancher Streit klingt so, als wäre die Provinzialität des alten „Zentrums“ eine Option. Das wäre fatal. Unser Land stößt spürbar an Grenzen seiner sozialen Motive. Es braucht stärkere Motive, die eine Wirtschaftsordnung und ein Staatswesen ani-

mieren können. Für solche schwierigeren moralischen Aufgaben haben wir nur die Christdemokratie. Das „nur“ ist ein doppeltes „nur“: Die CDU mag gegenüber den radikalen religiösen Traditionslinien der Moderne halbherzig sein, aber sie ist in Deutschland die einzige Partei, die überhaupt über diesen Horizont verfügt. Nur sie kann den sozialliberalen Teufelskreis aufbrechen. Würde sie ausfallen, würde in Deutschland ein Loch für mehrere Jahrzehnte aufgerissen.

(Manuskript vom 16.1.2005, erschienen als Essay in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 30.1.2005)